

Megaprotest gegen Polens Regierung

WARSAU Rund eine halbe Million Menschen demonstrieren gestern in Warschau gegen die nationalkonservative polnische Regierung. An der Spitze des Demonstrationzugs marschierte der **ehemalige polnische Gewerkschaftsführer, Präsident und Friedensnobelpreisträger Lech Walesa**. Zu der Demonstration aufgerufen hatte die grösste Oppositionspartei: die Bürgerplattform (PO). **AFP**

Junge debattieren am Zukunftsrat

ZÜRICH Was macht jungen Menschen in der Schweiz Sorgen? Fünf Themen kristallisierten sich bei einer Umfrage heraus: Bildung für Chancengerechtigkeit, sozial tragbare Nachhaltigkeit, psychische Gesundheit, Migration und Zusammenhalt sowie demokratische Mitgestaltung. Über solche Themen **diskutieren 80 junge Männer und Frauen zwischen 16 und 24 Jahren im September** im Rahmen des «Zukunftsrats». Die Teilnehmenden wurden aus 1200 Personen im Losverfahren ermittelt. Im Anschluss an die Debatten sollen Empfehlungen der Politik, Verwaltung und Gesellschaft präsentiert werden. **VUC**

Bürgerliche Frauen wenden sich von Frauenstreik ab

BERN Der Frauenstreik sei zu linksideologisch, sagen viele bürgerliche Politikerinnen. Sie werden am 14. Juni nicht mitmachen.

500 000 Frauen belagerten am 14. Juni 2019 die Schweizer Strassen. In Violett gehüllt kämpften sie friedlich für Gleichstellung. Nächste Woche soll sich dieser Event in Schweizer Städten wiederholen. Doch der Anlass wird von vielen Frauen kritisch beäugt. Bürgerliche Vorkämpferinnen der Gleichstellung gehen auf Distanz. «Der feministische Streik ist mittlerweile sehr schrill und linksideologisch dominiert», sagt FDP-Nationalrätin Christa Markwalder. «Aufblasbare Tampons und möglichst viele Trillerpfeifen finde ich eher zum Fremdschämen», so die Bernerin.



Christa Markwalder möchte sich nicht fremdschämen.

A. Moser

Ähnlich äussert sich Christina Bachmann-Roth, Präsidentin der Mitte-Frauen: «Wir können den Streik von 2019 nicht kopieren.» Die Ideen seien extremer geworden. «Wir grenzen uns vom linken Feminismus ab, weil dieser zu sehr an sozialistische Forderungen ge-

koppelt und sich von der gesellschaftlichen Mitte wegbewegt», so die Aargauerin.

Spaltpilz ist die Reform der beruflichen Vorsorge. Die Linke hat das Referendum ergriffen und wird am Frauenstreik gegen die Vorlage kämpfen. Tamara Funicello, Co-Präsi-

dentin der SP-Frauen: «Natürlich werde ich mich auf dem Bundesplatz für unsere wichtigsten Themen einsetzen.» Dazu gehöre neben dem Kampf gegen Gewalt an Frauen auch die Reform. Für sie ist klar: «Linke Politik ist Politik für alle Frauen. Deshalb sind auch alle eingeladen, mit uns laut zu demonstrieren.»

Vorsichtig zeigt sich Kathrin Bertschy (GLP). Die Nationalrätin ist Co-Präsidentin der Frauendachorganisation Alliance F und kämpft mit «Helvetia ruft» für mehr Frauen auf allen Wahllisten. «Ich persönlich sehe meine Arbeit darin, Gesetzestafeln und nicht Streiktafeln zu schreiben», stellt sie klar. In Gleichstellungsfragen habe es aber immer den Druck von der Strasse und die Arbeit im Parlament gebraucht, so Bertschy.

**CHRISTOF VUILLE/
SHANICE BÖSIGER**

Extrawurst für Frauen sorgt für rote Köpfe

BERN Demonstrationen auf dem Bundesplatz sind nichts Aussergewöhnliches. Während der Sessionen sind diese allerdings tabu. Am 14. Juni ist das anders. Obwohl National- und Ständerat bis 19 Uhr tagen, dürfen Aktivistinnen im Rahmen des Frauenstreiks das politische Herz der Schweiz in Beschlag nehmen.

Der Berner Sicherheitsdirektor Reto Nause bestätigt: «Die Teilnehmerinnen dürfen ab 12 Uhr auf dem Bundesplatz sein.» Seit einem Jahr gelte ein neues Regime. «Seit her bewilligen wir während der Session der Eidgenössischen Räte politische Veranstaltungen auf dem Bundesplatz, wenn sie den Parlamentsbetrieb nicht stören.» Dass ein Grossevent bewilligt werde, sei aber eine Premiere, so der Mitte-Gemeinderat.

Die Stadt stellt indes Bedingungen: Bis zum Abend müsse der Protest «den Charakter eines Marktplatzes» haben. Die Frauen müssten sich «ruhig» verhalten, Megafone und Reden seien verboten – bis



Demo ja, aber bitte in Ruhe während der Session. Tamedia AG

nach Sessionsende.

Trotz der Auflagen kommt die Bewilligung bei den Bürgerlichen nicht gut an. Diese müsse zurückgezogen werden, fordert der Solothurner SVP-

Nationalrat Christian Imark. Er ist überzeugt: Eine ähnliche Aktion von rechts wäre nicht bewilligt worden. Er will das Reglement durch eine Motion ändern lassen.

Sicherheitsdirektor Nause beschwichtigt: «Wir sind selbst gespannt auf die Erfahrungen, und wir hoffen, dass sich die Teilnehmerinnen an die Auflagen halten.» **SLA/VUC**